

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis frei Haus 1.—7. Okt. 25 Pf. Wk. durch die Post 30 Pf. Wk. ohne Abnahmegebühr. Druck und Verlag: Arbeitervereinsdruckerei f. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH, Halle, Bernauerstraße 14, Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sperrgäßchen 12-1 und 5-0 Wk.

Der Abnahmepreis beträgt 2.200.000 Mfr. für den Vierteljahr 1923 u. Spalte: 10 SRH. Wk. 1. Klasse, ansonsten nach dem dreifachen Wert. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erlösen. Kontrakte: Comery und Brückner, Halle. Postfach 1045, Fernruf 1045.

Einzelpreis 5 Mill. Mf.

Mittwoch, den 3. Oktober 1923

3. Jahrgang Nr. 231

Die USPD. unterstützt die Weiße Diktatur! Preisgabe des Achtstundentages, Durchführung des Stimmungsprogramms gegen Beibehaltung der Regierungsjüge!

Koalition bis zu den Deutschnationalen — Triumph der bayrischen Reaktion, keine Aufhebung des Belagerungszustandes, Weißer Terror

(Eig. Drahtm.) Berlin, 3. Oktober.

Unter den Drohungen der Reichswehrgeneralität und der Deutschen Volkspartei, die die Sozialdemokratie aus der Koalition hinauswerfen wollten, wenn sie dem Stimmungsprogramm nicht bedingungslos zustimmen, ist die Sozialdemokratie schließlich umgefallen.

Um ihre Regierungsjüge zu retten, ist die Sozialdemokratie der reaktionären Front in allen Fragen entgegengekommen. Sie stimmte einem Kompromiß zu, nach dem der Ernennungsminister Luther zurücktreten und durch einen Vertrauensmann der Landwirtschaft ersetzt werden soll.

Das bedeutet Erweiterung der Großen Koalition bis zu den Deutschnationalen. In der bayrischen Frage kommt die Sozialdemokratie der Großen Koalition entgegen. Entgegen dem Fraktionsbeschluss vom Dienstag wird sie gegen den kommunistischen Antrag stimmen, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich fordert.

Die Sozialdemokratie erklärt jedoch ihr Einverständnis damit, daß in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen zugunsten der Arbeiterschaft abgesehen wird. Die Sozialdemokratie ist bereit, in der Frage des Achtstundentages der Deutschen Volkspartei entgegenzukommen.

Wie nachträglich bekannt wird, wird verlangt, daß die Produktion auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden müsse durch Erhöhung der Arbeitszeit in den wichtigsten Betrieben auf die Arbeitszeit von 1914.

Weber die Arbeitszeit ist, wie die „Vollst. Zeitung“ berichtet, bereits in den ersten Morgenstunden eine Formel gefunden, der alle Koalitionsparteien zustimmen konnten. Daher wird die Regierungserklärung nachschärflich heute stattfinden, nachdem die Koalition noch einmal gebildet werden ist. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie bedeutet völligen Verzicht auf die Reichswehr und das Einverständnis zur schärfsten Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Durchführung des Stimmungsprogramms.

Unter den Schlägen der gegen die Arbeiterschaft, gegen alle kämpfenden Verbände voranschreitenden Weißen Front, Kaiser-Stiller-Sozialdemokratie und Konterten sind die belien demokratischen Parteien schließlich zusammengebrochen.

Nachdem die Koalitionsregierung auf Antrag des Sozialdemokraten Sollmann den Reichswehrgeneralen alle Macht in die Hände gegeben hat, erfolgte am 2. Oktober durch die Deutsche Volkspartei ein entscheidender Stoß gegen die Arbeiterschaft und die „Demokratie“.

Stresemann verlangt für die Regierung ein Ermächtigungsgesetz für alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen bis zum 31. März 1924. D. h. freie Hand, den Arbeitenden alle Verlebensmöglichkeiten zu bittieren.

Dann stellte die Deutsche Volkspartei folgende Bedingungen: 1. Die Deutsche Volkspartei stimmt dem „Ermächtigungsgesetz“ zu, wenn der Landwirtschaftsminister ersetzt wird durch einen anderen, der das volle Vertrauen der Landwirtschaft genießt, und zwar wird hierzu der bereits von Kapp vorgesehene Dr. Schiele von den Deutschnationalen vorgeschlagen.

2. Die Wirtschafts- und Finanzminister werden durch andere ersetzt. Daraufhin ist von Raumer, der Wirtschaftsminister, noch während der Sitzung zurückgetreten.

3. Die Produktion muß unter allen Umständen gesteigert werden; das ist die Forderung nach der völligen Beseitigung des Achtstundentages.

4. Der Reichstag wird auf ein halbes Jahr vertagt, bis zum 31. März 1924. Der Ausnahme-

zustand bleibt bestehen; das bayrische Ausnahmegesetz gleichfalls.

Die Deutsche Demokratische Partei sprach sich für das Ermächtigungsgesetz im ganzen aus, auch sie schloß in die Reihe der Deutschen Volkspartei, auch sie will die völlige Entzweiung der Arbeiterklasse, ihre völlige Ausbeutung durch Befestigung der an und für sich geringen sozialpolitischen Gesege durch Befestigung des Achtstundentages.

Die Sozialdemokratische Partei beschloß, mit den Kommunisten gegen den Belagerungszustand zu kämpfen.

Die Kommunistische Partei hat an die USPD, in letzter Stunde nochmals einen dringenden Brief gerichtet, gemeinsam Abwehrmaßnahmen gegen die Weiße Diktatur zu treffen. Die Sozialdemokraten haben nicht mit den Kommunisten verhandelt, sie lehnten die Bildung eines Aktionsausschusses ab.

Dagegen haben sie jetzt vor der Stimmungsfrage und der Weißen Front bedingungslos kapituliert, sie sind dabei, den ungeheuerlichen Verrat an der Arbeiterschaft zu begehen, sie dem Stimmungsprogramm und der unumgänkten, verewigten Militärdiktatur auszuliefern.

Die Arbeiterklasse steht also der schärfsten großkapitalistischen Militärdiktatur gegenüber, die bereits über die sozialdemokratischen Führer gelegt hat.

Unter der verlogenen Propaganda vom Kampf gegen Poincaré soll die Kapitalflucht vor Poincaré nur schneller durchgeführt werden, aber allein auf Kosten der Arbeitenden, die hungern, hungern, bluten, verrecken sollen.

Was soll die Arbeiterklasse tun? Sie befindet sich einem letzten Gegner gegenüber. 250.000 Mann reguläre und schwarze Reichswehr, gut bewaffnet und ausgebildet, dazu etwa 500.000 Mann Wehrern oder Art.

Keine vorzeitigen Vorstöße, aber ebensowenig tatenloses Abwarten. Sondern: Sofortige Inangriffnahme der Ausbildung einer breiten proletarischen Abwehrfront.

Die mitteldeutsche Arbeiterschaft muß an ihrer Spitze marschieren. Der Bezirksausschuß des ADGB, von Halle-Merseburg verhandelt heute mit den Arbeiterparteien über Abwehrmaßnahmen. Die Arbeiterschaft muß diese Verhandlungen unter den Druck ihres Willens setzen.

Am ganzen Reich muß in diese Abwehrfront alles eingereicht werden, was bereit ist, gegen die Weiße Diktatur zu kämpfen.

Die Führer, die sich nicht in diese Kampffront einreihen wollen, soll man austoben; sie sollen offen bei den Weißen stehen, damit jeder weiß, woran er ist.

Die Auegell rollt. Kämpfen wir Arbeiter planmäßig, schließen wir. Glib an Glib in unserer Front.

Zwanzig Millionen Proletarier in einer Kampffront werden die Seede, Kaffr und Hüller besiegen.

Kämpfen wir, Kämpfen wir auf, schließen wir zusammen alles, was Arbeiter heißt. Das ist das Mächste. Daran muß jeder Arbeiter den letzten Hauch ziehen.

Es gilt für den Arbeiter, jeden einzelnen Arbeiter, sich zu entscheiden. Fahijistische Diktatur oder Arbeiter-Regierung? Niedergerücktheit zu sein von den wehr- und gewalttätigen, fahijistischen Händen, die mit Blut die Arbeiter unter die Kräfte des Großkapitals zwingen, oder, gestützt auf die breite Masse der Arbeiter und Bauern, die fahijistische Diktatur abzuwehren, die Zerprengung des deutschen Reiches durch die bayrischen und rheinischen Separatisten zu verhindern?

Fahijistische Diktatur oder Arbeiter-Regierung? Die Wahl kann nur fallen: Arbeiter-Regierung!

Zusammenschluß aller Arbeiter und Bauern zu einheitlichen Abwehrorganisationen gegen die fahijistische Diktatur, das ist die Parole dieser Stunde.

Fort mit der Koalitionsregierung, die nur die Weiße Diktatur verhüllen soll.

Der Diktatur der Schwerindustrie und der Junter entgegen

Die Generale und die Schwerindustrie wollen aus Deutschland Stimmensland unter französischem Protektorat machen — Der sozialdemokratische Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen — Entzweiung Berlin — Festlegung in Sachen — Ein Abkommen zwischen Ludendorff und Stöbe — Appresshitz Gesandter in Paris

Knapp eine Woche ist's, seit Übert und die Große Koalition den Reichswehrgeneralen die gesamte öffentliche Macht übertragen haben. Und bereits fallen die Schleiter. In knapp einer Woche haben sich die politischen Folgen der Machtüberziehung nach rechts in reichem Tempo politisch ausgewirkt. Gestützt auf den Militärschütz, haben Junter und Schwerindustrie rücksichtslos vor. Die politischen Machtverhältnisse sollen den tatsächlichen Machtverhältnissen, wie sie durch die Militärdiktatur geschaffen sind, angepaßt werden.

Gestern mittag ließ der Führer der Deutschen Volkspartei, Scholz, an Stresemann offiziell die Aufforderung ergehen, die Regierung müsse durch Heranziehung der Deutschnationalen nach rechts erweitert und dementsprechend umgewandelt werden; wenn das nicht gelänge, würde die Deutsche Volkspartei dem von Stresemann geforderten Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen.

Also ein förmliches Ultimatum der Schwerindustrie, der Stimmens und Co., die gestützt auf die Generale, das Heft in der Deutschen Volkspartei in die Hand genommen haben.

Was ist dieses Ermächtigungsgesetz? Die Regierung verlangt diktatorische Vollmachten, um alle ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Natur in Verordnungswege durchzuführen. Dieses Ermächtigungsgesetz umfaßt auch die zurzeit besonders eingehend erörterte Frage der „Produktionssteigerung durch Mehrleistung“. So betonte der Reichspräsident Stresemanns, noch deutlicher wie die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, das Stimmensblatt. Sie erklärt offen es handelt sich um die Abschaffung des Achtstundentages und die Durchführung des übrigen Stimmungsprogramms. Weiter erklärt das Stimmensblatt, daß ein agrarischer, rechter Ernährungsminister ins Kabinett treten müsse.

Das ist die Diktatur der Schwerindustrie, der Junter, der Reichswehrgeneralen und der Fahijisten. Sie steht vor den Türen. Das ist das Werk der sozialdemokratischen Nitzungen! Das ist es, was hinter dem harmlosen Schleiter des „Ausnahmezustandes“ verbergen war. Das ist der Inhalt der Verschwörung gegen die Arbeiterschaft, die am 26. September auf Antrag Sollmanns im Reichskabinett begann.

Wie stellen sich die Parteien dazu? Das Stimmensblatt, die „DAZ“, die jetzt die offizielle Meinung der Deutschen Volkspartei wiedergibt, ist Feuer und Flamme für die Diktatur der Schwerindustrie, der Junter und der Generale.

Stresemanns Blatt, die „Zeit“, erklärt, es hänge von den Beschüssen der Parteien ab, ob die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung bleiben könne. In der Frage der „Produktionssteigerung durch Mehrleistung“ und des Ermächtigungsgesetzes bestehen grundsätzlich unter den Koalitionsparteien keine Meinungsverschiedenheiten mehr. (Also auch die Sozialdemokraten sind mit dem Stimmungsprogramm einverstanden!)

Bei den Demokraten herrscht starke Neigung für die Stimmensdiktatur und das Stimmungsprogramm, beim Zentrum arbeitet der agrarisch-großindustrielle Flügel dafür.

Das „Berliner Tageblatt“ ergänzt noch, daß das Ermächtigungsgesetz bis 31. März 1924 dauern solle, und daß vor allem Dittlering und Abbruch ausgeschloffen werden sollen. (Mit dieser Bedingung ist auch die Sozialdemokratie fertig, sie schlägt Kroll als Ernennung vor.)

Auch das „Berliner Tageblatt“ erklärt, die Sozialdemokratie scheint bereit zu sein, gewisse Forderungen des wirtschaftlichen Programms Stresemanns, auch soweit es sich um Produktionssteigerung durch Mehrarbeit handelt, zuzustimmen zu wollen.

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, sagt: „Wenn sich eine Verberößerung der Regierung ermöglichen



läßt, so wird das Zentrum sicher keine Einwendungen machen, aber es ist nicht gewillt, an dieser Frage die Große Koalition überhaupt zu lassen. Das Zentrum sträubt sich wohl, weil es fürchtet, dann die christlichen Arbeiter zu verlieren.

Dr. Bruns, für sprechen jetzt die Juncker, die Deutschnationalen. Die Frage ist, als das obere Vorkriegsblatt, erklärt: Schluß mit der Sozialdemokratie, Schluß mit Stresemann, den Mann der Kompromisse!

„Es ist natürlich völlig unmöglich, sagt das Junckerblatt, daß ein Mann wie Dr. Stresemann, dessen Partieren mit dem Marxismus so verflochten sind, mit Deutschnationalen zusammen in einem Kabinett sitzen kann.“

Und weiter:
„In Bayern hat man erkannt, was politisch natul, um wirtschaftlich weiter zu kommen. Regieren unter sozialdemokratischen Vorzeichen ist nicht mehr. Eine Zusammenfassung der Kräfte, wie sie mit dem Kabinett Stresemann-Hilferding versucht wurde, ist auf tragischen Grundlagen aufgebaut, macht eine einheitliche Politik unmöglich. . . Bayern ist tatsächlich zum Vorkämpfer für das Reich geworden. Seine Diktatur ist klar und eindeutig, während die Reichsregierung noch heute ein verheilertes Geistesbild hat und nach dem Willen ihrer Schöpfer nur dazu dienen soll, das Götzen des heutigen Parlamentarismus zu retten, dessen Untergang seit der Aufgabe des politischen Willens mit Notwendigkeit notwendig, das das einer anderen Form politischen Lebens wird Platz machen müssen.“

Was hat die Sozialdemokratie zu sagen?
Das „Vorwärts“ reißt erklart treu und wieder: Die Sozialdemokratie kann dem deutschnationalen „Kampf um die Futtertröpfe“ gefolgt zuhause. Ihre Stärke liegt nicht allein im Parlament und in der Teilnahme an der Regierung.“

Ober mit anderen Worten:
„Gott hat's gegeben, Gott hat's genommen, der Name Gottes sei gelobt!“

Die Führerclique, deren Sprachrohr der „Vorwärts“ ist, die die ungeheuerlichste Anrechnung der Arbeiterklasse nur als „Kampf um die Futtertröpfe“ zu beuten weiß, ist bereit, sich zu fügen.

Wie aus der bayerischen Presse hervorgeht, soll die Juncker, Scherndorfer und Generalsbittner mit großen nationalen Räumlichkeiten gegen Poincaré eingeleitet werden. Das ist natürlich die reine Komödie; sie wollen in Wahrheit die rasche Durchführung der Kapitulation, und dazu brauchen sie im voraus die gemeinsame Unterwerfung der Arbeiterklasse unter das Stinnesprogramm.

Inzwischen sollen die Seest, Geiser, Kahr, d. h. ihre außerparlamentarischen Machtmittel, weiter wirken. Berlin wird von ihnen immer enger umschlossen. Der Führer „Putz“, dessen nachgefolgter die Militärküruren allen Grund hatte, vor der Definitivität zu verbergen, war nur ein Zwischenfall in diesem strategischen Aufmarsch, ein kleiner häuslicher Zwist. Gasten-Düringen wird ebenso planmäßig umstellt. In Bayern haben Kahr und Lubendorf ein Abkommen geschlossen, wonach Lubendorf Bayern als Operationsgebiet gegen das Reich zugeweiht erklärt. Kupprecht, als dessen Statthalter Kahr tätig ist, hat seinen Sekretär nach Paris geschickt.

Das Reich der Juncker-Scherndorfer-Diktatur zieht sich immer enger um das Haupt der deutschen Arbeiterklasse zusammen. Die Generalsbittner werden binnen kurzem dem parlamentarischen Trüdel noch einen Ruck geben, wenn er abgeren sollte.

In diesen Tagen und Stunden höchster Gefahr hat die Arbeiterklasse nur noch zu hoffen von der Anwendung ihrer außerparlamentarischen Machtmittel, der Waffe des Streiks und der Waffe ihrer physischen Gewalt. Ueber widerstrebende und verrätherische Führer hinweg muß sich aus den Fabriken heraus die proletarische Geschichtskraft bilden, entschlossen, wenn schon Diktatur sein soll, ihre eigenen aufzurichten, Hunger und Elend, oder Kampf um die Macht, so steht die Frage.

Adversarius.

Die Krise der Großen Koalition

Unter dem Anführer der Reaktion
(Eigener Bericht)

Berlin, 2. Oktober.
Die Ereignisse in Deutschland entwickeln sich schneller als wir annehmen konnten, aber sie entwickeln sich in der von uns bereits ausgedeuteten Linie. Für heute nachmittag 3 Uhr war der Reichstag einberufen. Schon zu dieser Zeit hatte die Lage, eine weitere Verschärfung nach rechts ersehnen. Nicht nur, daß der Führer Reichstagspräsident nicht so hartlos und unbedenklich war, wie ihn die Regierung in ihren offiziellen Mitteilungen erscheinen lassen wollte, fiel auch in Bayern eine Entscheidung, die wesentlich zur Klärung der Situation beitragen konnte:

Der bayerische Ministerpräsident Knilling trat zurück, ob freiwillig oder unfreiwillig, sei dahingestellt, am dem Militär-diktator so Rahr seinen Platz zu überlassen.
Bayern wurde so in den Mittelpunkt der ganzen Situation gestellt und Bayern ist es, daß den weiteren Gang der Dinge wesentlich bestimmt.

Die Partei Stresemanns, die Deutsche Volkspartei, schloß sich der Entwicklung der Dinge an. Es ist bekannt, daß sich schon vom Tage der Konstituierung der Regierung der Großen Koalition an Gesinnung in der Stresemann-Fraktion bemerkbar machten, die sich mit jedem Tage verstärken und den Untergrund bildeten, für den in der Stresemann-Stinnes-Presse ausgesprochenen Wunsch, der Erziehung der Koalitionsregierung durch eine rein bürgerliche Regierung. Die der Erfüllung dieses Wunsches entgegenstehenden Bedenken der sozialdemokratischen Blätter, daß eine rein bürgerliche Regierung nicht genug sei, die Dinge zu meistern, sind durch die Entwicklung derselben (sogar) beseitigt.

Heute prädominierte die Deutsche Volkspartei der Sozialdemokratie die Bedenken, und denen sie gewillt ist, die Sozialdemokraten für sich in der Regierung zu haben. Und nichts anderes laufen die Forderungen der Volkspartei hinaus. Sie verlangt vor allem:

Erweiterung der Koalition nach rechts; also Hinzuziehung der Deutschnationalen!

Sie verlangt weiter: Ermächtigung für die Regierung, alle wirtschaftlich und politisch notwendigen Maßnahmen unter Ausschaltung des Reichstags im Verordnungsweg durchzuführen. Vertagung des Reichstags bis Ende März nächsten Jahres! Schließlich soll auch noch Forderung der sozialdemokratischen Reichsorganen, über die Ringe springen.

Diese, um geschilderten Maßnahmen der Deutschen Volkspartei diktieren Forderungen hatten zunächst eine Vertagung der Verhandlung des Reichstags auf abends 9 Uhr zur Folge, die dem Reichstag die Möglichkeit gab, sich gegen die Vertagung zu wehren.

So unendlich sind die sozialdemokratischen Forderungen sind, so wenig Widerstand leisten sie bei den bürgerlichen Fraktionen und ganz besonders bei den opponierten deutschnationalen Reichsorganen, bei dem Reichstag. Die Reichstagsfraktionen sind gefolgt zu haben, die sich bereit erklärte, alles zu schließen, bis auf

die Hinzuziehung der Deutschnationalen. Nach einigem Straußen aber wird sich auch hier die Brücke finden lassen. Bleibt außer den Forderungen der Sozialdemokratischen Partei, Deutschnationalen noch die Zentrumspartei, in der ein harter Fingel sich für eine rein bürgerliche Regierung ausgesprochen hat.

Erste Kämpfe entwickelten sich über die Forderungen in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei. Hier verlangt die Opposition, von der man trotz der katastrophalen Lage bisher nur in Zeitungsartikeln gehört hat, glatte Ablehnung der Forderungen und sofortige Anbahnung von Verhandlungen mit den Kommunisten. Die letzte Forderung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer Mehrheit verhängnisvoller Weise den Marzenglauben noch immer nicht aufgegeben, in der Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen und politischen Schaffmachern

die Lage der Arbeiter verbessern zu können. Dazu jedoch hat man sich aufgefaßt, die Erweiterung der Koalition durch die Deutschnationalen ebenso abzulehnen, wie die Blankoollmacht für die Regierung, im Verordnungsweg politische, vor allem aber sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen, bei denen die Frage der Verteilung des Arbeitsunterhalts und der Erwerbslosenunterstützung eine wesentliche Rolle spielt. Nur mit einem währungsrechtlichen Ermächtigungsgesetz wollen sie sich einverstanden erklären, als ob es dabei, als man sie durch den inzwischen erfolgten Rücktritt des volksparteilichen Reichswirtschaftsminister Raumer, dem die Politik der Koalitionsregierung so sehr links gerichtet ist, umzustimmen verluste. Darüber hinaus aber erklärten die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen, daß die sofortige Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes verlangt.

Mit diesen Zugeständnissen und Forderungen begaben sich die sozialdemokratischen Fraktionen für die Vertagung der Reichstagsfraktion. Stresemann zeigte sich ihnen entgegenkommend. Er abgelehnt alles, bis auf die Forderung der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

Die bayerische Frage ist somit, wie bereits einleitend gesagt, heute zum Mittelpunkt der politischen Situation in Deutschland geworden. Auf Lösung der bayerischen Frage hat das Maßstabes bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die

Einführung der Reichsverfassung gegen Bayern.

Und dem sollte Herr Stresemann zustimmen? Er erklärte, daß die Aufstellung dieser Forderung eine durchaus neue Situation schaffe, die eine Kabinetsmission erfordere. Das Zentrum sei darüber befragt, ob aus dem Ende der Koalitionsregierung bedeute, daß Stresemann eine ausweichende Antwort.

Die Reichstagsfraktion wurde daraufhin abbestellt und noch in den späten Abendstunden soll der Ministerrat abgehalten werden. Das hierbei herauskommt, steht noch nicht fest. Zwei Möglichkeiten gibt es: Stresemann akzeptiert die kommunalpolitisch-sozialdemokratische Forderung, oder aber er demittiert, und dann den Reichstag offen die Wahl freigegeben. Das erstere scheint wenig wahrscheinlich, das letztere aber würde auf den einmütigen und stärksten Widerstand des Generalstaatsrats stoßen, das sich die Reichstagsfraktion einfach nicht gefallen lassen würde.

Wahrscheinlich wird die nächste Stunde wieder die Entscheidung bringen. Wie aber auch die Regierungssitze endet, ob die bäntröten sozialdemokratischen Führer sich nochmals an den Regierungstagen setzen lassen, ob sie nach dem Entgegenkommen, das sie bei Stresemann gefunden haben, nicht auch ihrerseits bereit sind, ihren Einfluß in der Reichstagsfraktion zu vergrößern, die deutsche Arbeiterklasse muß auf dem Hohen sein, um, wenn es sein muß, hand in Hand in die Ereignisse eingreifen. Beide Arten der Lösung der Regierungskrise gehen zu Lasten des deutschen Proletariats, seiner wirtschaftlichen und politischen Freiheit, in seiner materiellen, Wilhelm Warz.

Der Ludendorff-Hitler-Marsch auf Berlin

Die Vertreibung Ludendorff-Kahr-Hitler — Vorbereitung des Kupprecht-Königreichs und der alldeutschen Monarchie — Kahr pfeift auf die Reichsverordnungen — Die Reichsregierung verhandelt mit den bayrischen Putzisten — Kupprecht verhandelt mit Poincaré

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 2. Oktober.
Die Parole, auf die sich die nationalen Kreise Bayerns einigten, die den Grundlag der bayrischen Einheitsfront bilden soll, lautet: „Auf nach Berlin!“ Bei einer Demonstrationsveranstaltung in Schliersee wurde diese Parole vom Oberlandführer Weber und General Ludendorff herausgegeben. Diese Parole stand ganz im Zeichen der Einheitsfront und Ludendorff-Kahr-Hitler erklärte, die bürgerlichen Maßnahmen, die Kahr beschleunigt, daß er energig gegen die „Reichsverordnungen“ kämpfen wolle. Von den vaterländischen Kampferbeuten werden Kahr's Verdienste voll anerkannt. Von einem Akt zwischen ihnen ist keine Rede.

Diese Einheitsfront ist das Ergebnis von Verhandlungen, die Kahr letzter nach seinem Rücktritt mit Ludendorff angeknüpft hat. Die Vereinbarung wurde auf folgender Grundlage abgeschlossen:

Das Königreich Bayern soll eine vollständige Polizei- und Militärsouveränität erhalten, im übrigen aber in die alldeutsche Monarchie eingegliedert werden. Ludendorff soll Bayern mit seiner Organisation als Operationsbasis seines Vormarsches auf Berlin benutzen, aber sich in Bayern jedes selbständigen Vorgehens enthalten.

Kahr's separatistische Bestrebungen werden trotzdem fortgesetzt. Der Kampf gegen die Stresemann-Regierung tritt vor allem auch diesen Tendenzen.

Das Verbot der Reichsregierung gegen den „Vollständigen Beobachter“ wurde von Kahr nicht nur einfach nicht durchgeführt, sondern nunmehr auch im Verordnungsweg für nicht bestehend erklärt.

Neuzeit bezeichnend für das Verhältnis von Bayern und Reich, sowie die Lage in Bayern selbst sind die Formalitäten des

Empfanges von Janies

durch Kahr. Janies wurde von der Reichsregierung beauftragt, als ihr Gesandter mit Kahr in Verhandlungen einzutreten. Die Zusammenkunft am vergangenen Mittwoch trug durchaus den Charakter eines Empfanges des Botschafters eines fremden Staates durch den Vertreter der bayrischen Monarchie. Von Janies wurde in einer Folgepassage der Mittelsbayer, wo die 6 Werde gepannt waren, mit weißblau gefärbten Bekleidungen, festlich abgeholt.

Die Proklamierung des bayrischen Königreichs wird entsprechend diplomatisch vorbereitet. Die Mittelsbayer, die volles Vertrauen zu Kahr haben,

füßen Verhandlungen mit Paris.

Obwohl Kahr die politische Retirade man Kupprecht, ist mit der Leitung dieser Verhandlungen betraut und fährt demnach nach Paris. Kahr soll vom bayrischen König Kupprecht der Grafentitel in Aussicht gestellt worden sein.

In Frankreich werden die bayrischen Bestrebungen günstig aufgenommen, die von Poincaré's Pläne, das Rhein- und Ruhrgebiet abzutrennen, erfolgreich zu unterstützen.

Zu den bayrischen Vorbereitungen gehört noch, daß die bayrische Regierung mit der württembergischen Staatsregierung Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen eingeleitet hat. Die Nachrichten von einem bevorstehenden Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung sind trügerisch.

Die Hitle-Beute entwickeln eine fieberhafte Tätigkeit. Zur

An die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Werte Genossen!

Die politische Lage ist törenst. Juchzende Gelächern umlagern das Proletariat. Der Bolschewismus ist anmarschiert und steht an den Toren Berlins zum höchsten Antritt. In Berlin, in Scharfau, in Unterhagen, in Oberhagen und anderen Orten haben sich Parteischwerbewaffnete Bänder gesammelt, bereit, auf Berlin loszuzumarschieren und dort die brutalste Militärdiktatur aufzurichten. In Bayern herrscht die Reaktion bereits vollkommen los. Kahr entwirft die Arbeiter und besetzt die Bevölkerung der Reichstagsfraktion. Er getrimmter die Arbeiterorganisationen und raubt den Arbeitern durch einen Generalstreik das Streikrecht und das Recht über Notwehr. Der Udergriff auf den 1. Oktober und 1. November ist bereits in vollem Gange. Zwei millionenweise Dolanstränge und Preissteigerungen laßt das Unternehmertum, geht auf die im Hintergrunde lauernde kapitalistische Macht bereit, geschlossen jede weitere Verbesserung ab.

Seht die Arbeiterklasse die dem verheerenden Beginn der Reaktion nicht noch zeitig eine Partei, geschlossene Einheitsfront zum Widerstand entgegen, kann sie nicht ruhig und entschlossen mit allen Mitteln und in allen Formen die drohende kapitalistische Gefahr nieder, so ist sie vielleicht schon demnächst den wenigen Rechten und Schändlichkeiten des Proletariats. Unter der Fülle der bürgerlichen Militärdiktatur wird das Arbeiterrecht blutig niedergerissen, sie zu Paaren treiben, ihre Organisationen zerschlagen und entmannt und sie den alleschlimmsten Ausrottungsstempel durch ein herbergs- und profitstüchiges Unternehmertum ausbleihen.

Angesichts dieser furchtbaren und dringenden Lage treten wir hermit an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Aufforderung heran, ungenäht mit uns in Verhandlungen zu treten zwecks Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses, der ohne jeden Zwang alle Arbeiterkreise und Organisationen trifft, die geeinigt sind, das Proletariat vor dem Untergang zu bewahren durch die folgenden Maßnahmen:

Für die Zentrale der SPD:
gez. Roenen, Städter, Böttcher.
Für die Reichstagsfraktion der SPD:
gez. Warz, Hillerin.

Anträge

Roenen und Genossen:

Der Reichstag solle beschließen:
Die von Reichsorganen erlassenen Verordnungen, wonach von der Presse andere als amtliche Mitteilungen über Urteile nicht gebracht werden dürfen, ist sofort außer Kraft zu setzen.
Berlin, 2. Oktober 1923.

Der Reichstag solle beschließen:
Die von Generalstaatsrat für Bayern erlassene sog. Streikverordnungen, die den Arbeitern jedes Recht auf Anwendung der verfassungsmäßig garantierten Kampfmittel im wirtschaftlichen Kampf nimmt und die unter Duldung aller monarchistischen Umtriebe die Voraussetzung für einen monarchistischen Marsch und die Verletzung der Reichsverfassung ist, ist unverzüglich aufzuheben und die Exekutive der Durchführung aller vom Reichstag beschlossenen Maßnahmen vom Reich vorzuziehen.
Berlin, 2. Oktober 1923.

Zuteilberichtigte der Bergarbeiterführer. Aus Offen wird befragt: Die über Bergarbeiterverbände erlassene jetzt einen Aufbruch an die Bergarbeiter des besagten Gebietes, in dem sie aufordern, die Arbeit und Förderung sofort und in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Ausarbeitung der Aufmarschpläne wurde ein Mobilisationsgesetz, bestehend aus 20 Hitler-Hilfer, eingeleitet. Die Aufgabe der Konventionen, Autokratie und so, gehen von diesem Ausgang aus. Das Hauptquartier der Nationalsozialisten in München gleicht einem Bezirkskommando während der Mobilisation von 1914.

Diese Meldung unseres Berichterstatters bestätigt all das, was wir über die Lage in Bayern bisher gesagt haben. Der Gegensatz zwischen Ludendorff und Kahr besteht nur noch in der Phantasie der Sozialdemokratie, die damit ihr Nichtstun verbergen will. Damit ist aber praktisch die Einheitsfront Hitler-Kahr-Ludendorff geschlossen. Die bisherigen Verfügungen Kahr's beweisen, daß er ohne Umwege auf das Ziel lossteuert. Den Ludendorff-Hilfer-Deuten wird dabei die Aufgabe zugewiesen, auf Berlin zu marschieren, das heißt, ernt von Bayern aus das mitteldeutsche, das südrheinische und sächsische Proletariat, das durch Geistesgenerals müde gemacht werden soll, niederzutrampeeln. Der Zusammenstoß mit Würtemberg bedeutet die Erreichung der weichen Operationsbasis. Für die mitteldeutsche Arbeiterklasse ist es nun, diese Situation rasch zu begreifen und das nach zu handeln: Zusammenstoß der sührigen und bayrischen Arbeiterkräfte zur Abwehr der weichen Offensive. Darüber hinaus: Zusammenstoß der Arbeiterkräfte im ganzen Reich zur Organisation des einheitlichen Kampfes gegen den weichen Terror, des Generalstreiks gegen die Kahr-Ludendorff-Seest-Diktatur. Wer von der sozialdemokratischen Fraktion nicht mitmachen will, wer die Arbeiter verlor aus ließen will, muß beiseite gehen werden.

Kahr läßt sozialdemokratische Führer der S.-A. verhaften

(Eigene Meldung.) München, 3. Oktober.

Der Kommandant der sozialdemokratischen Sicherheitsabteilung in München, der Wapotheter Wulff, ist verhaftet worden. Er wird beschuldigt, er habe an einer Schießerei, die sich an den Reichstagsfraktion der Kampfbünde in München abspielte, einen Oberstand in der Bubenmeyerstraße entführt, ehesten Partei gehabt.

Zeiger Rückzug der sozialdemokratischen Führer

München, 3. Oktober.

Der Bezirks- und Ortsvorstand München der Sozialdemokratischen Partei hat die Disziplinierung Schönbauer's und Schönbauer's angefordert, die Sicherheitsabteilungen der Sozialdemokratischen Partei auf Grund der Verordnungen des Generalstaatsrats als aufgelöst zu betrachten. Den bisherigen Führern und Mannschaften der Sicherheitsabteilung wird der Parteivorstand ausgesprochen und bemerkt, daß man nur der Genossenschaftlich, daß die Partei aber strengste Durchführung der Aufspaltung anfordern

Sie rüsten zum Marsch auf Berlin

(Eig. Draht.) Berlin, 2. Oktober.

Der Kürtiner Putz der schwarzen Reichsmehrheit ist erliebig. Aber die Putzvorrichtungen der Konterrevolutionäre dauern fort. Sie rüsten zum Marsch auf Berlin. In Potsdam und Berlin ziehen die schwarzen Reichsmehrheit Schützen und Gewehre in einen engen Gürtel. Nach dem Marschbeschlüssen konzentrieren sie sich in Berlin. Der ganze Putzmarß wird von Reichswehrministerium aus geleitet. Der große Schlag, der Putz soll am Freitag erfolgen. In Kürtin sind die Stahlhelmer nur etwas zu früh losgegangen.

Die Hauptmassen der schwarzen Reichsmehrheit sind Spandau, Dahmeberg und Bberitz. In Spandau sollen 2000 Maschinengewehre liegen. Im ganzen schätzen die Konterrevolutionäre ihre bewaffnete Macht in der Umgebung Berlins auf etwa 52 000 Mann ein.

Die Befestigung des Kürtiner Putzes ist nicht als ein Schützengürtel der Oberputzflächen aus dem Reichswehrministerium, um ihre Abstützung zu vollenden. Das Geschwader Konterrevolutionäre, das sich durch eine Nachrichtenagentur gegen die Mehrheit über die Putzvorrichtungen gebildet hat, bereitet einen Bericht über Kürtin, in dem es heißt: „Die Aufstellungen in einer Gesamtlage von etwa 400 Mann, unter einem Dutzend Abwehrschützen, sind reiflos gefangen und entzogen worden. Wir kennen die Art und Entzogenheiten“ schon an manden Beispielen: siehe „Stränge“ E. H. H. H. nach dem Rupp-Putz. Unter weichen Bedingungen haben die Putzflächen sich von der Reichswehr „gefangen“ nehmen lassen? Der ganze Sieg der Reichswehr rührt von weitem nach einer glückseligen Verbindung mit ihren putzflächen Freunden.

Es gehört eine tüchtige Portion Freiheit dazu, wenn der „Vorwärts“ nach dem Kürtiner Putz, der von der schwarzen Reichsmehrheit gemacht worden ist, es wagt, vor die Arbeiter mit einer Kopfreisung der „republikanischen Aufrichtigkeit“ der Reichswehr zu treten.

Das ist ein Verbrechen in einer Stunde höchster Gefahr. Der Marsch auf Berlin wird vorbereitet mit Hilfe und unter Leitung von leitenden Offizieren der Reichswehr.

Die Parteien der Bourgeoisie heilen sich schon, den kommenden Putz parlamentarisch zu beurteilen.

Die Arbeiterfront muß sich zur Abwehr vorbereiten. Die sozialdemokratischen Führer müssen vor die Frage gestellt werden, ob sie mit den Putzflächen, mit der schwarzen Reichswehr gehen wollen oder ob sie ihre Pflichten vom Schuß der Republik und der Arbeiterfront ernst nehmen.

Entweder Kampf gegen die reaktionäre Offiziersklasse in der Reichswehr, also auch Kampf gegen die Militärdiktatur und die nationaldemokratischen Führer, die die Bewaffnung der Arbeiter — oder direkte Hilfe für die Putzflächen: Ein Drittes gibt es nicht.

Der wirtschaftliche Ausnahmezustand gegen die Arbeiterfront

Die deutschen Kapitalisten hatten den Augenblick für gekommen zum offenen Angriff auf die Arbeiterfront, zum offenen Kampf um ihre Forderungen überzugehen. Jahrelang haben sie den Boden vorbereitet. Jahrelang ist ihnen diese Vorbereitung durch die Politik der Generalstaatskommission möglich gewesen, haben sie unter dem Schutz sozialdemokratischer Regierungsleute ihre Interessengruppen bilden können. Jetzt gilt es die Kapitalisten, endgültig die Arbeiterorganisationen zu zerstören, um Arbeitseinstellung, Lohnabsatz und Entlassungen vornehmen zu können. Die Wirtschaft ist nach dem verlorenen Winterkrieg zwingt zu höheren Leistungen. Die Kapitalisten wollen die Arbeiter die Kräfte zu überwinden und die Mittel für die Zahlungen aufbringen zu können. Die Niederlegung der Arbeiterfront durch die Kapitalisten soll ihnen die Möglichkeit garantieren.

Unter dem Ausnahmezustand sollen diese Kräfte eingesetzt werden. Ganz klar wird das Streikverbot durch den Ausnahmezustand verbunden werden, Lohnerhöhungen nicht oder nur im geringsten Maße bewilligt werden. Auf dem „legalen“ Weg des Ausnahmezustandes soll die Lohnsenkung verflüchtigt, der Achtundtagslohn herbeigeführt werden.

Schon folgte in Berlin ein Markenlohn von 18 Millionen, ein markenfrees Brot 24 Millionen, ein Ei 7 Millionen, ein Pfund Kartoffeln 1,3 Millionen — die Löhne werden nicht erhöht. Schon ist eine neue Lebensmittelpolitik da — die Selbsthilfe, die Kontrollausweise werden verboten, Arbeitslosigkeit und Hungerarbeit — eine Umgestaltung, die heißt: gleiche Verteilung des Achtundtagslohn, soll durch ein außerordentliches Ermächtigungsgesetz in den nächsten Tagen erfolgen.

Sind die Arbeiter nicht willig — nun, die Stinnes und Deutz, die Hilde und Wendorf haben ihren Seid und Geler, ihren Hobschlag und Ehrhardt, ihren Hiltel und Hunderdorf.

Arbeiter, Angehörige, Beamte! Das Beispiel Stinnes, mo der Fahismus die Durchlegung aller Forderungen des Industriekapitalismus herbeigeführt, um 12-Stundentag, Hungerlöhne und Wahlrechtslosigkeit im Glend trieben, macht Euch! Organisiert die Abwehr gegen die Angriffe des Stinneskapitalismus und seiner Fahisistmedien, verliert keine Minute!

Eure Kampflinie muß sein:

Weg mit dem wirtschaftlichen Ausnahmezustand gegen die Arbeiterfront! Hände weg vom Achtundtagslohn! Sofortige ausreichende Lohnherhöhung!

Schutz mit der Aushungerung!

Nein mit der proletarischen Kontrollausweisse!

Hier mit der Arbeiterfront — Saatwetterfassung und Produktionskontrolle!

Produktionssteigerung

Produktionssteigerung — das ist jetzt der schön klingende Name für den Stinnesrezept: mehr arbeiten und weniger essen. Man spricht gern in laienhaftem Reden von einer „Wachstumsleistung“, hinter der sich die Mehrheit des Volkes ohne eigene Opfer verbirgt. Die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit über den Acht- und Zehntundentag hinaus bei Senkung der Löhne hat nicht nur in der Deutschen Volkspartei, sondern auch in der demokratischen Presse und bei manchen Sozialdemokraten ihre Fürsprecher gefunden. In der „Wöchigen Zeitung“ wird jetzt schon schamlos, nachdem sich die Unternehmer durch die Aushungerung reich und fett gemacht haben, gefordert, daß die Gesamtkosten des zusammengebrachten nationalen Widerstandes auf die Arbeiter abgewälzt werden. Und zwar:

„Wiege sich die Produktion durch Intensivierung der Arbeit und durch Ueberfrachten derer steigern, daß der Lohnenlohn, der gegenwärtig 3,33 Dollar beträgt, um einen Dollar vermindert werden kann, so werde dadurch in zehn Tagen wieder eingebracht werden können, was bei passender Widerstand an einem Tage geleistet hat.“

Ueberfrachten, Zwölftundentag, keine Arbeitslosenunterstützung, Abwälzung aller Lasten auf das Proletariat, Ausnahmezustand gegen die Arbeiterfront — Stinnesweg, was begehrst Du noch mehr?

Sachsens kritische Tage

P. B. Dresden, 1. Oktober.

Unter dem von der Koalitionsregierung vorgeschlagenen Ausnahmestadium ist die vereinzelt meiste Front der industriellen Großkapitalisten, des Großgrundbesitzes, des monarchistischen Offiziersapparates und des Fahismus in Reihen geordnet. Die Arbeiterfront vor. Die sächsische Arbeiterfront, die sich für die Arbeiterregierung drängt und die sich gegen die völlige Anhebung, Entziehung und Verelendung mit allen Mitteln zur Wehr setzen wird, ist am unumkehrbarsten vom Weihen Terror bedroht. Es ist klar, daß mit der Ständigen Niederwerfung der sächsischen Arbeiterfront die Niederlage des gesamten deutschen Proletariats bedingt wäre. Darum müssen nachfolgende Worte aus Schritten von der Sozialarbeiterfront gehört werden, die Arbeiterfrontarbeit muß sich in dieser ernsten Stunde bewähren.

Die sächsische Sozialdemokratie ist von der kommunistischen Partei vor eine schicksalsschwere Entscheidung gestellt. Die SPD hat in der außerordentlichen Sitzung einen außerordentlichen Weg beschritten und die Bildung einer gemeinsamen Regierung vorgezogen. Besteht die Koalition gegen den Fahismus! Schnellstes Handeln allein vermag das Weihen Terror abzuwenden. Der Vorschlag der SPD, erfolgte am Sonnabend. Heute hat die Sozialdemokratie geantwortet. Eine Kommission der SPD soll das Notprogramm der kommunistischen Partei beraten und Gegenorschläge als Grundlage für eine Arbeiterregierung ausarbeiten. Die sächsische Arbeiterfront hat in ihrer Mehrheit auf diesen Vorschlag der SPD, eine andere Antwort der sozialdemokratischen Führer erwartet. Die Gefahr der Verschlingung ist offensichtlich und die noch größere Gefahr, daß eine historische Situation verpasst wird, muß die Arbeiterfront der Arbeiterfront führen. In einer Situation, wo verantwortlichen Führern der historische Weichenblick fehlt, muß die Arbeiterfront in die Bresche springen. Wenn die sozialdemokratischen Führer sich weigern, sich an die Spitze der proletarischen Schreitfront zu stellen, dann müssen die Weihen alle Widerstände brechen und der Freiheit ihre Gasse bahnen.

In den Betrieben und Kontoren herrscht seit Verhängung des Ausnahmezustandes ein monotonisches mit dem Zerpfunden geplantes Chaos. Die mittelbaren Verhältnisse werden verbreitet. Sächsische Proletarier sind unter dem Joch der Militärdiktatur aus ihrer Daseinsweise, um den Straßentritt und Verwirrung in die Arbeiterfront zu tragen. Die Konterrevolution versteht ganz gut, daß neben dem Ausruhen zum Strafenkampf die politische Zerlegung des Feindes eine Vorbedingung ihres Sieges ist. Die Arbeiterfront steht noch mit Weihen bei Fuß. Mit verhaltenem Atem sieht sie, wie der Ausnahmezustand gegen den Sozialismus durch die Militärdiktatur systematisch durchgeführt wird. Sie wartet auf das Signal ihrer Führer, um mit dem größten Eifer und heroischer Parteilichkeit in den Kampf zu treten. Nicht weniger haben diese Situation erkannt, auch verantwortlichen Arbeiter haben die Sozialdemokratie. Die „Sächsische Staatszeitung“ in der charakterisiert am 29. September das Vorgehen der Koalitionsregierung als eine „Führung in die Reichswehr“. Das Regierungsorgan spricht ganz offen von einer „Kaltstellung der sächsischen Regierung“ durch die Politik der Großen Koalition. Aus der Regierungsdiplomatie in die Sprache der Weihen übertragen, heißt das völlige Anhebung der Weihen, die auf Grund des Massenwillens in der Großen Koalition schon fast zurückzuführen ist, noch den Grundrissen der bürgerlichen Demokratie verfassungsmäßig durch die Arbeiterfront im Parlament sanktionierte Ereignissen der Arbeiterfront zu erschließen. Die Kontrollausweisse, Hungerlöhne und schließlich der erst vor wenigen Tagen gebildete Widwauer Affensaus-

schuß sollen unter der Guillotine der Großen Koalition dem Weihen zum Opfer fallen.

Bayer als Aufmarschgebiet der sächsischen Konterrevolution ist heute ein Herlager der sächsischen Kampfkraft. Der verlassene Sonntag wurde unter dem Generalstaatskommissar von Rahr zu einer blauen Demonstration für die Monarchie. Kronprinz Rupprecht, der abgetragene General von Epp wurden umjubelt. Die Karole des Tages war: „Es lebe der König!“ Der Innenminister Schwere heißt die Schutzmannschaft gegen die Linksparteien und schuf die notwendige Kongressstimmung gegen die „Kontrollausweisse“. Der doppelt verbotene „Wöchliche Beobachter“ erscheint mit dem Portrait Lubendorffs. Zugweihen hat die Konterrevolution schon den nächsten Schritt getan. Wie die Prager Presse meldet, hat sich Rahr an Koinars gewandt mit der Anfrage, wie sich Frankreich zur Ausrufung der Monarchie in Bayern stellt. Der offene Hochverrat, der Abfall vom Reich ist im vollen Gange. Dafür werden die sozialdemokratischen Aushungerungsorganisationen verboten, der Münchener Polizeipräsident abgesetzt, die Verclamungen der Arbeiter unterlagert, die Kontrollausweisse schließt und drückt. Die Weihenfrontlinie im Reich haben sich seit Beginn des Ausnahmezustandes in beständiger Weihen und Weihen verhalten. Nach einer Woche sollte Militärdiktatur und die Arbeiterfront sich bei dem letzten Aufmarsch gegen die Durchführung des Stinnesprogramms unter dem Weihen der Weihenfrontlinie gemahnt. Das ist die Lage. Ein Weihenbrot am Proletariat, der diese Dinge nicht sehen will, der durch passives Abwarten die Niederlage der Arbeiterfront verabschiedet. Nur die geschlossene Zusammengeballte, aber ebenso entschiedene wie schnelle Schlagkraft der breiteten proletarischen Einheitsfront vermag die Lage zu weihen.

Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Weihenläge der sächsischen Arbeiterfront zu beurteilen. Die sozialdemokratische Weihenfront ist schon in der Großen Koalition den Offizieren Hilde, der von Zeigler als Schirmherr der illegalen Fahisistverbände bekannt ist. Der „Vorwärts“ ist schamlos genug, in einer Situation, wo das Zentralorgan der kommunistischen Partei von dem sozialdemokratischen Minister Gollmann verboten ist, mit den niedrigen Gemeinheiten eine Kommunistenbegegnung zu entfalten. Er scheint nicht nur einer Beschimpfung der sächsischen Arbeiterfront. Der „Vorwärts“ ist der Weihenführer der Militärdiktatur er gibt die Stichworte gegen die Kommunisten.

Trag dieser offenen Stellungnahme der rechten Führer der Sozialdemokratie für die Arbeiterfront, für die Verpfändung der Arbeiterfront, für die Schmäherung der proletarischen Kampfrufen, müssen die sächsischen Arbeiter heute mehr denn je an der Einheitsfront festhalten und dürfen sich von den Stinnesläuten nicht trennen lassen. Kontrast gegen den Fahismus! Vernichtung allen, die mit freventlicher Hand diese Front zerlegen wollen! Das Notprogramm der kommunistischen Partei ist sofort durchzuführen. Es ist aufgestellt auf die letzte Stunde. Hier gibt es kein Ausweichen. Die linken sozialdemokratischen Führer sind mit schwerster Verantwortung belastet. Sie haben es in die Hand genommen, die Rechte zerlegen bei der Regierungsbildung im März dieses Jahres. Das Schicksal Sachsens liegt in ihren Händen. Ihren Worten sind die sozialdemokratischen Arbeiter bisher gefolgt. Ihr Kampf gegen die große Koalition war ihnen kein leeres Spiel.

Die gelante Arbeiterfront darf sich weder durch Verhöhnungen noch durch Sabotage hinhalten lassen. Mobilisierung der ganzen Front! Die Arbeiterregierung muß unter dem Druck der Weihen zustande kommen. Jeder Betrieb eine Propagandastätte für die Konterrevolution gegen den Fahismus! Affensausweisse! Ein Sammelbescheid für die Arbeiterregierung! Die Entscheidung muß zugunsten werden für die Einheitsfront, für den Sieg der sächsischen Arbeiterfront!

Die Beamten sollen geopfret werden

Die Koalitionsregierung Stresemann-Hilferding hat sich demagogisch unterworfen. Das Diktat von Paris, bestimmt durch die Koalitionen des französischen und deutschen Kapitalismus, verflucht. Das Pariser „Journal“ schreibt: „Kein preussischer Beamter wird auf das Instat Meisner wieder den Fuß setzen.“

Und auch die Eisenbahner sollen nur individuell nach Maßgabe der vorhandenen Stellen“ zurückzuführen. Die Aushilfe wird abgelehnt. Um Mitte dieses Monats ab sollen nur die sächsischen Eisenbahnbeamten ausbezahlt werden. Das bedeutet die Preisgabe der Eisenbahner, die Preisgabe der Beamten an den Hungertod, an die Verelendung.

Fort mit dieser unfähigen Regierung, die das Proletariat dem Hunger ausliefern will!

Fort mit jeder anderen Koalitions- oder bürgerlichen Regierung! Fort mit jeder Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Ein Dementi als Bekätigung

Der Vorsitzende der Reichsstaatsrat der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz dementiert die Nachricht, daß er dem Reichsstaatsrat Forderungen unterbreitet habe, von deren Erfolg das Verbleiben seiner Partei in der Regierung abhängig sei. Er habe nur den Standpunkt vertreten, daß keine Forderung eine weitgehende Ermächtigung zur Durchführung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Geleise voraussetzt, von der eine entsprechende Bekätigung von den einen oder anderen Reichsstaatsrat abhängig machen müßte. Auch habe er die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeitsintensität zwecks Erhöhung der Produktion betont. In dazu geeigneten Betrieben dürfe man auch von einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht zurückfahren.

Lossows Verhalten zu Rahr

Der kommandierende General des Weihenkommandos 7, General von Lossow, hat den Schluß des Reichswehrministers Geler, des Vorsitzenden des sächsischen Weihenbrot, zu verurteilen an Schwere weitergegeben. Rahr hat bis jetzt noch nichts unternommen. Der „Wöchliche Beobachter“ ist heute wieder erschienen und verläßt die Reichsstaatsrat in München als „Münchener Gewerkschaft der Berliner Juden“.

Nach einer Unterredung, die Ignaz Haer dem „Vorwärts“ gewährt hat, soll sich General Lossow loyal zur Konterrevolution verhalten. Nach der obigen Meldung bezieht die Kapitalisten des von der Konterrevolution zur Ausübung der öffentlichen Erhaltungswirtschaft eingesetzten Generals von Lossow dem, daß er Rahr ruhig gewähren lassen will. Der keine Sozialdemokrat einzusetzen, ist in Reich vom Weihen Rahr. Seine Kapitalisten sind er bewiesen durch das Zeugnis der von ihm getretenen Sozialdemokraten.

Rahr genehmigt den „Deutschen Tag“ in Bamberg

(Eig. Draht.) München, 2. Oktober. Der Generalstaatskommissar Rahr hat den „Deutschen Tag“ in Bamberg, der vom Oberbürgermeister verboten war, neu genehmigt.

Bayerische Dementis

(M. A.) München, den 3. Oktober. Wie die Korrespondenz hoffmann vom ausländischer erfüllt, entsprechen die Gerichte, was nach Generalstaatskommissar von Rahr zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannt worden ist, in keiner Weise den Tatsachen.

(M. A.) München, den 3. Oktober. Die Korrespondenz hoffmann meidet die Nachricht eines Münchener Blattes, daß zwischen der Weihenfront und der bayerischen Regierung Verhandlungen über die Lage ständen, entspricht nicht den Tatsachen.

(M. A.) München, den 3. Oktober. Die „Münchener Post“ erzählt auf dem Streikverbot Rahr, selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellen würde, daß der bayerische Ausnahmezustand neben dem Ausnahmezustand des Reiches zu Recht bestehe, so dürfte auch dann von Bayern aus das Koalitionsrecht, mit dem das Streikverbot der Arbeiter nicht angefochten werden. Die Arbeiter haben vorerst keine Veranlassung nervös zu werden.

Die Arbeiterfront weiß, was von bayerischen offiziellen Dementis und sozialdemokratischen Verhöhnungen zu halten ist.

Die Loslösung des Ruhrgebiets

(Eigene Drahtmeldung) Berlin, 2. Oktober. Auf den Aushungerungsarbeiten wurde von der französischen Regie die Frankensöhne eingeführt. Die Weihenfront bezieht an, daß sie die Bildung einer „provisorischen Regierung“ im Rheinland wohnvollend gegenüberstellen und ihrem Ansuchen auf Schutz nachkommen würde. Bei Wiedererrichtung von Beamten soll als Prinzip gelten, daß kein preussischer Beamter eingesetzt werden dürfe.

Bei Eisen haben die Franzosen neue Züge und Lokomotiven bestellt.

Sonderbündler von Kommunisten entwaffnet

(Eig. Draht.) Köln, 2. Oktober. In Worringen griffen Kommunisten einen Zug Sonderbündler an. Die Sonderbündler hatten eine große Anzahl Waffen, wie Gummikugeln, Eisenketten usw. Die Waffen wurden ihnen abgenommen und die Sonderbündler über die Fehler in der Bildung Köln fortgejagt.

Aus der Provinz Signale für die Arbeiterschaft

Der Präsident der Reichseisenbahndirektion Halle hat folgenden
Was enthalten:

Telegrammbrief!

An die Herren Vorstände der Betriebsämter des Bezirks!
Es erhebt sich jetzt die Frage, ob alle für den Bahndienst zu
treffenden Maßnahmen vorbereitet sind, so daß ein reibungsloser
Einkauf jederzeit möglich ist. Dies gilt insbesondere für den
Einkauf der nach anderen Orten abzuordnenden Mannschaften,
wie am 2. und 3. August d. J. besprochen worden ist.

Umfeld ist den für die fristige Verwendung vorgesehenen
Bahnbediensteten bis auf weiteres nur in ganz dringenden
Fällen zu erteilen.

Wie ehrens kann dies gedeckt werden, als daß bei einem
irrtümlichen Generalfreist für Aufrechterhaltung des Verkehrs Sorge
getragen werden soll. Die Technische Nothilfe ist bei der Bahn
befanden angeordnet. Aber stellt die Verfügung auf eine bevor-
stehende Amtszugbewegung hin? Der Telegrammbrief ist
am 28. September erlassen worden, als jedermann mit einer
fristigen Erhebung rechnete. Und wenn man bedenkt,
wie die Präsidenten der Reichseisenbahndirektionen politisch
denken, dann findet man ohne weiteres den Grund zu solchen Ver-

fügungen. Es ist für die Geisellen von außerordentlicher Be-
deutung, wenn die Wehr dem reibungslos funktioniert. Die
taktischen Truppen können dann ungehindert verlehren und
sinnvoll von einem Ort zum anderen gelangen. Deito mehr hat die
Arbeiterschaft die Pflicht, auf dem Posten zu sein und die Aus-
wirkung solcher Verfügungen zu überwaehen.

Verstärkung von Polizeikräften — Bildung eines Zurückzuges

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheitsverhältnisse auf dem
flachen Lande hat die Reichsregierung in einem Rundschreiben
an die Landesregierungen angeregt, Vereinbarung zur gegen-
seitigen Hilfeleistung zu treffen, wo die eigenen Polizei-
kräfte eines Landes nicht ausreichen. Sie erwartet die Ver-
wendung der Polizeiorgane der Länder nicht nur für die Inter-
essen des eigenen Landes, sondern für das deutsche Gesamt-
interesse innerhalb einer politischen Grenzlinie. Außerdem
ist es wichtig, um das flache Land vor gewalttätigen Ein-
wirkungen gegen die Produktion und die Ernte zu schützen. Im
übrigen ist die beschleunigte und ausreichende Ablieferung der
Ernteträge durch die Erzeuger als das beste und wirksamste
Mittel gegen Plünderungen und Ausföhrungen auf dem Lande
anzusehen.

Auch diese Meldung zeigt, daß die Reaktion markiert.
Bei einem Generalfreist, legen wir einmal in Mitteldeutsch-
land, darf nun auch hantige Polizei, die reaktionär bis auf
die Knochen ist, eingesetzt. Und schließlich bedarf es gar keines
Generalfreists, sondern auch bei anderen Gelegenheiten kann solche
Hilfe in Frage kommen. Auch der angeregte Zurzuzug ist in
reaktionärem Sinne zu deuten, denn er wird sich wie bisher lägen,
aus falschen Elementen zusammenlegen. Wo bereits Zur-
zuzug besteht, wird er legalisiert.

Die Verhältnisse spigen sich immer mehr zu. Alle Maßnahmen
der Behörden und des Unternehmertums haben nur das eine im
Auge, die Arbeiterschaft einzuzerren und wegz-
unfähig zu machen. Die Mächten werden immer enger gezogen
und die große Masse merkt dies ansehender immer noch nicht.
Wacht beschalt auf, Proleten, leht um Euch, laßt Euch
nicht erschrecken, wehrt Euch, es geht um Eure Haut. Bereitet
Euch vor, denn Euch wird die große Massenablieferung mit Eurem
Heimfried nicht gescheit. Je mehr Ihr wachsam seid, je mehr
Ihr Euch vorbereitet, deito besser wird es für Euch sein. Be-
reit sein ist alles!

Debit. Erwerbslosenversammlung, Donnerstag abend
8 Uhr findet im „Dorchenhof“ eine Versammlung der Erwerbs-
losen statt. Der Bericht von den Verhandlungen im Ritterhof ge-
geben wird, ist es dringend Pflicht eines jeden Erwerbslosen, in
dieser Versammlung zu erscheinen.

<p>Wäsche, Strumpf- und Wollwaren-Großhandlung W. Kramer Hoch- Halle a. d. S. Mauerstraße 1, Tel. 5540. Berlin Danziger Straße 44. Tel. Amt Königsplatz 6296.</p>	<p style="text-align: center;">Sämtliche Sportartikel im Sporthaus Julius Bacher, Halle a. d. S., Leipziger Straße. Telephon 5506.</p>	<p style="text-align: center;">Gebrüder Büchner, Ammendorf (Saalkreis), Telephon 108. En gros Lebensmittel En detail Teigwarenfabrikation. Echt Elstermünder Zwieback.</p>	<p style="text-align: center;">Bricketts, Kohlen, Holz Brennstoff-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Lager: Schmiedestraße 20 b Telephon: 4625 und 4657</p>	<p style="text-align: center;">Nietels Eigen- Geschäft Billigste Herren-Gewandwaren Bezugs- quelle, Ergänzte Auslaunswelle. Gr. Mühlstr. 22.</p>
<p>Neck u. preiswert kaufen Sie stets im Hallischen Seitenhaus Salzmarkt 9. Die billigste Bezugsquelle für Woll-, Woll- u. Kurzwaren in F. Meiersdorf, Wagdenburger Straße 27, Nähe Kalkutta.</p>	<p>Kurz- u. Wollwaren- Bazar Felix Librach Wasseler Straße 4 Restaurant Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Verdenfeldstr. 14 empfehlenswert für hallischen wie auswärtigen Arbeiterschaft aufs beste. Gute Speisen u. Getränke. — Solide Preise.</p>	<p style="text-align: center;">Vorzugst Rust-Liköre in Qualität unerreicht. Carl Rust, Halle (S.), Lötterstraße und Nideel-Hoffmann-Straße 4. Fernsprecher 5492. Sie kaufen billig in Wäsche- und Wollwaren-Lager E. Wagenberg Gr. Mühlstr. 25.</p>	<p style="text-align: center;">Ernst Adam Ammendorf, Regensburger Str. 3 Fahrräder und Eisenwaren Schuhmacher · Bedarfsartikel A. Benndorf Weiß- und Wollwaren Ammendorf, Friedenstraße 9</p>	<p>Ernst Renner Marktplatz 14. Herren- u. Knaben-Karderehen und Berufskleidungen. Kaufen Sie Damen- und Herren- Hüte aus der Süfabrik Franz Zent.</p>
<p>Gustav Grimm, Halle a. d. S., Steinhew 33. Kurz-, Woll- u. Wollwaren, Teufelagen, Strumpfwaren, Handschuhe, Herrenartikel. Carl Schaefer, Optiker, Gr. Steinstraße 29 a, Heller für alle Krantenfallen.</p>	<p>Herm. Ziegler Zigarettenfabrik. Zigaretten, Zigaretten, Tabake En gros En detail Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Karderehe Moritz Rosenthal, Leipziger Straße 1.</p>	<p>Strick- u. Nähgarne- Nachgefordert, sowie künstl. Woll- u. Wollwaren Deffauer Straße 2, am Hopfplatz. Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Karderehe Moritz Rosenthal, Leipziger Straße 1.</p>	<p>Gute Heiße Billige Heiße gibt nur im Spezialgeschäft bei Richard Weidner, Halle-Saale, Geißstraße 22. Damen-Konfektion Damen-Hüte Adolf Rünzel, Leipziger Straße 69.</p>	<p>An- u. Verkauf Möbel aller Art Kinderwagen Kinderbettstellen Marienstr. 3 (Laden)</p>
<p>M. Krakers Gelegenheitskäufe in Weiß- u. Wollwaren Steinweg 36. Der Arbeiter deckt seinen Bedarf an Weiß- u. Wollwaren bei Querenzässler Kleine Ulrichstraße 18 a.</p>	<p>Carl Kuckenburg, Rammstraße 11. Haus- und Küchengeräte Eisenwaren, Werkzeuge Friedler Rammstraße 1. Kurz- und Wollwaren Detail Detail Kauf Weiß-, Woll- u. Kurzwaren bei Weinglas & Meiersdorf Alter Markt 20.</p>	<p>Infolge günstiger Messeneinkäufe stellen wir große Posten Rauchtabake und Zigaretten-Feinschnitte zu billigen Preisen zum Verkauf. Bohne & Co., G. m. b. H., Gr. Mühlstr. 54.</p>	<p style="text-align: center;">Raucht Dicke Zetko die Qualitätszigarette. Mitteldeutsche Zigarettenfabrik, Aktiengesellschaft.</p>	<p>Gehr. Neumann, Geißstraße 63, Alter Markt 30. Günstigste Bezugsquelle für Tabakwaren.</p>
<p>Carl Kuckenburg, Rammstraße 11. Haus- und Küchengeräte Eisenwaren, Werkzeuge Friedler Rammstraße 1. Kurz- und Wollwaren Detail Detail Kauf Weiß-, Woll- u. Kurzwaren bei Weinglas & Meiersdorf Alter Markt 20.</p>	<p>Rein-Berlin Schuh-Vertrieb Sternstr. 14 Paul Theuring Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H. kaufen und zahlen nach wie vor reelle Tagespreise für Gumpen, Papier zc. Auf Wunsch freie Abholung.</p>	<p>Ammendorf. J. Baldauf, Ammendorf. Kolonialwaren. — Manufakturwaren.</p>	<p>Paul Menz Nachf. Nährstoff- und Weinhandlung Jahobstr. 60 und Reifstr. 9.</p>	<p>H. Israel Handarbeiten, Weiß- und Wollwaren Große Steinstraße 69 und Rammstraße 22. Holz pantoffel- fabrikation K. Kleffel, Alter Markt 22. En gros En detail Flaschenbier für Hausbedarf. Köftriger Schwarzbier Kulmbacher 1. WM. Brauer. Alfred Scheibe, Sierharding, Karlstr. 4. Fernspr. 6998.</p>
<p>Fahrräder und Zubehör in bester Qualität. F. Kleinman, Werninger Straße 13. Schuhwaren. Spezialität: Dr. Diehl-Stiefel. Moritz Reinke Marktplatz 24.</p>	<p style="text-align: center;">Arbeiter- Berufs-Bekleidung! Wir empfehlen zur prompten Lieferung: Monteurhosen (Sausack) u. Gehst-, Reifenschnitten, Ärmel, Seatin, Kammwaren, Buckskin und andere Streifenhosen, Mantelstoffe, Gewebe, Gewebe und ledyane Hosen sowie alle Arten Sommer- und Winter- joppen u. Mäntel, des weiteren Unterwäsche für Männer u. Frauen. Textil-Handelsgesellschaft m. b. H., Leipziger Str. 55 En gros En detail</p>	<p style="text-align: center;">Ammdendorfer Schokoladen- Haus Kaufhaus Kurt Binnewies Ammendorf Die beste Bezugsquelle für Arbeiter</p>	<p style="text-align: center;">Schuhwarenhaus Emil König Inh.: W. Schiller Schmiedestraße 27. Otto Just Kohlen und Holz. Ruhwiger-Wanderestraße 45, Holenitz 13, Teplitz 33.</p>	



Das Arbeitslosenversicherungsgesetz kommt (Eigener Bericht)

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages wurde pflächlich einberufen. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte, daß die zuständigen Ministerien zu der Überzeugung gekommen seien, daß hier schnelleres Gesehichte werden müsse, um eine Entlastung der Reichsfinanzen vorzunehmen. Die täglichen Ausgaben für die Unterbringung in der Erwerbslosenfürsorge für das unbesetzte Gebiet betragen gegenwärtig allein für das Reich 20 Millionen, insbesondere habe der Weichsfinanzminister erklärt, daß er nicht in der Lage wäre, auf längere Zeit noch die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge auf die Reichsfinanzen zu übernehmen.

Die Sozialdemokraten und einige bürgerliche Vertreter der großen Koalition äußerten einige Bedenken, ob man jetzt schon in der gegenwärtig gegebenen politischen Situation mit der Beratung des Gesetzes beginnen könne. Im allgemeinen waren sie aber mit der schnellsten Verabschiedung dieses Gesetzes, das den Arbeitern neue Renten aufzubringen soll, einverstanden und man einigte sich, nächste Woche, Donnerstag, mit der Beratung zu beginnen.

Unser Vertreter protestierte ganz entschieden dagegen, daß dieses Gesetz überhaupt zur Beratung gestellt werde, das den Arbeitern neue Renten bringe und sie in ihrer Zurückgefallenheit gegenüber den Unternehmern auf das Schwerste einengt, und andererseits eine schwere Benachteiligung für die Erben der Arbeiterfamilien und ihrer Familien zur Folge hat. Die Regierung habe schon die Kosten der Arbeiter und Angestellten durch die gewaltige Erhöhung der Krankentagebeiträge infolge Aufhebung der Grundbesitzgrenzen und durch die Wohnnahmen in der Invaliden- und Altersversicherung eine Entlastung der Reichsfinanzen vorgenommen. Jetzt wolle man den Arbeitern durch eine neue Verschönerung auch noch die Kosten der großen Arbeitslosigkeit, die durch die kapitalistische Sabotagegewaltigkeit hervorgerufen ist, aufbürden. Unser Vertreter forderte den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge durch die Beschäftigung in der Bauzeit und in der Reparaturzeit der Unterbringung und forderte, daß alle Erwerbstätige unterstellt werden, sowie eine Herabsetzung der Unterhaltungsätze, so daß die Arbeitslosen mit ihren Familien nicht durch Hunger und Verarmung zugrunde gerichtet werden. Wenn man die Reichsfinanzen entlasten wolle, solle die Regierung durch ein Amalgamieren der Unternehmungen, die riesige Gewinne auf Kosten der Verschönerung und durch ihre Steuerbefreiung eingeführt haben, die Kosten aufzulegen. Die Regierung aber sei zu ohnmächtig und zu schlapp, den kapitalistischen Elitenabteilungen gegenüber und wolle nun das ganze Risiko der Verantwortung auf die Arbeiterschaft abwälzen. Während unter Bewußtsein keine Anstrengungen gemacht werden, so fortwährend von den Vertretern der großen Koalition unterbrochen, insbesondere auch von den Sozialdemokraten. Der Vorsitzende des Ausschusses leitete sich daraufhin das tolle Stück, indem er, während unser Gesandte noch sprach, die Sitzung einfach geschäftsordnungsmäßig beendete.

Die Arbeiterschaft muß sofort zu diesem neuen Anschlag Stellung nehmen und den Gewerkschaften und Arbeiterparteien fordern, mit aller Schärfe gegen jede neue Belastung der Arbeiter und Angestellten den Kampf aufzunehmen und einzusetzen für einen gründlichen Ausbau der Erwerbslosenfürsorge auf dem Wege des Umlagerens von den Unternehmern getragen werden, die die riesigen Profite der Wirtschaft eingefleht haben.

Der „Vorwärts“ und Stämpfer als Verhängnis der Partei

Die sozialdemokratische „Reiziger Volkszeitung“ vom 1. Oktober kennzeichnet den Erlöschen der bürgerlichen Arbeiterparteien als den Zustand und noch mehr über seine brutale Annäherung allein gegen die Arbeiterschaft. Sie sagt hierzu: „Über der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, schweigt er Antwort auf alle kommunistischen Vorwürfe mit einem Indifferentismus... auf Angriffe der bürgerlichen Parteien weiß er keine Worte zu erwidern.“ Die „Vorwärts“ hat sich in der letzten Zeit so sehr in den Vordergrund gedrängt, daß die Partei geworden, und es zeigt sich immer mehr, daß hier grundständig Wandel geschaffen werden muß.“

Es muß grundständig Wandel geschaffen werden, wenn die Arbeiterschaft nicht am Verfall der Stämpfer und Genossen verrotten will. Aber es genügt nicht, wie die „Vorwärts“ sagt, es tut, die Notwendigkeit dieses Wandens konstatieren und im übrigen nichts zu tun. Die linken Führer der SPD, die in der Vergangenheit gegen den rechten Schwanz der Militärpartei kämpften, sie müssen sich im Reichstag offen entscheiden, wenn über Stämpfer und den Belagerungsstand zu Gericht gehen wird. Sie müssen sich namentlich in Sachen entscheiden, wo die kommunistische Partei ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in eine Regierung der Vereinigung des Proletariats gegen Kaiser und Oberst offen erklärt hat.

Der Feldzug gegen die kommunistische Presse

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ ist erneut auf acht Tage verboten wegen angeblicher Angriffe gegen den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister Gehlen. (Vgl. Drahtm.) Chemnitz, 2. Oktober. Das „Dresdener Volksblatt“, das Organ der SPD für Ost-Sachsen, ist durch Verfügung des Militärbefehlshabers, General Müller, bis auf weiteres verboten.

Die deutsche proletarische Revolution

Trotsky und das Vorwärtsrezept Trotski hat in einer Unterredung mit dem amerikanischen Senator Ring nach der russischen Zeitung „Massawa“, die in Berlin erscheint, erklärt. Auf das erste von allen Dingen den Frieden. Sollten die deutschen Monarchisten gegen die Revolutionäre ausfindig und von dieser den Auftrag zur Intervention gegen Russland erhalten, so werden wir schmerzhaftlich kämpfen. Aber ich glaube nicht in die Perspektive. Jedenfalls werden wir uns in einer inneren Bürgerkrieg nicht einmischen, denn das wäre nur möglich durch einen Krieg gegen Osten. Einen Krieg wollen wir nicht.

Das „Vorwärts“ bezieht diese Ausführungen, um die deutschen Arbeiter glauben zu machen, sie hätten von Sowjet-Russland nichts zu erwarten. Das ist eine glatte Verdrehung des Sinns dieser Ausführungen. Sowjet-Russland will keinen Krieg. Auch ein proletarisches Deutschland will den Frieden. Aber Sowjet-Russland wird jeden Angriff auf ein imperialistisches Deutschland von außen als gegen sich gerichtet auffassen. Darüber lassen die Entschickungen der Moskauer Sowjets keinen Zweifel.

Der tschechische Grubenstreik dauert an

Am 21. August 1. Oktober. Im Bergarbeiterstreik sind die Verhandlungen vollständig in's Stocken geraten. Die Grubenbesitzer scheinen die Forderung zu haben, die Bergarbeiterfonds vollständig aufzulösen zu lassen.

Die Kapitulation der deutschen Bourgeoisie

Von Karl Kadel

Moskau, 28. September.

Der Bericht der Streikemanagerung auf den politischen Widerstand im Ruhrgebiet ist die Grundlage von dem tschechischen Imperialismus. Die Streikemanagerung hofft nun, die Aufgabe des Widerstandes, die Streikemanagerung, die zur Ruhrbefreiung führen, auf dem Verhandlungswege zu lösen. Wenn aber die Streikemanagerung zu jedem Widerstand gegen Poincaré unfähig ist, warum besteht dann ihre Hoffnungen, daß Poincaré jetzt nachgiebiger sein wird, als vor der Beschließung des Ruhrstreiks? Der Ruhrkampf endete mit seinem vollen Siege. Nach der Aufgabe des Widerstandes werden die Industrie- und Eisenbahnarbeiter, um Lohn zu können, gezwungen sein, nach für Unternehmungen zu arbeiten, die der Streikemanagerung dienen.

Herr Poincaré kann weitgehende Forderungen aufstellen. Das gestatten ihm die internationalen Machtverhältnisse. Wird er auf den Widerstand Englands stoßen? Nein, er ist in diesen Tagen hat ihn der englische Ministerpräsident, Herr Baldwin, behauptet, der vor einigen Wochen in der Note der englischen Regierung feststellte, die Beziehungen der Franzosen zu den Franzosen unabweisbar dem Verfall überlassen, das heißt, ist ein einseitig übermäßiger Überfall. Nachdem Herr Baldwin diese Feststellung gemacht hatte, kam er als Golt zum Führer dieses zäuberischen Überfalls und nach einem guten Festhalten wurde ein offizielles Communiqué herausgegeben, in dem der Herr Baldwin behauptete, Herr Poincaré schon lange nicht einer einzigen Zustimmung war, als nach dem guten Festhalten in der englischen Gesandtschaft, Weshalb auch nicht? Der Wunsch des Herrn Baldwin bedeutete: Räuber seid Ihr ja, aber international Ihr gehtet halt, kann ich abweisen. Herr Poincaré hat lange nicht länger abweisen können. Die deutsche Reichsregierung hat an Herrn Baldwin zu antworten, daß Herr Poincaré noch nicht, aber er weiß, daß nicht nur Deutschland, sondern auch England kapituliert hat.

Die Grenzen seiner eigenen Macht kennt Herr Poincaré sehr gut. Er hat nicht die Kraft, Deutschland zu befreien. Wozu wäre das auch gut? Er wird nur mit einem Ruhrgebiet bleiben und sogar die Zahl der Truppen herabsetzen können. Herr Poincaré jeden Vorstoß Streikemanagerns ab, auf das Ruhrgebiet zu verzichten und dafür das Recht der Unterwerfung Deutschlands annehmen. Das Ruhrgebiet liegt vor seiner Nase, es ist leichter, es in seinen Händen zu halten, als der Ausbeutung ganz Deutschlands zuzusehen. Herr Poincaré ist zu beutend ganz Deutschlands zuzusehen. Die Streikemanagerung bereit, Deutschland vor dem zweiten Krieg. Der Reichsleiter Friede erklärt nicht mehr. Es gibt nur einen Frieden, der löslicher ist als der von Versailles, es gibt einen Frieden, der das Ruhrgebiet, die Hauptbasis der deutschen Inflation, Frankreich in die Hände gibt.

So geschah es vier Jahre nach der Unterzeichnung des Versailles Friedens durch Deutschland. Die Lage Deutschlands hat sich während dieser vier Jahre außerordentlich verschlechtert. Und das ist die Ursache, daß Herr Poincaré seinen Mannix der deutschen Bourgeoisie, sondern ihre Kapitulation war. Während dieser vier Jahre hat die deutsche Bourgeoisie nichts unternommen, um ihre Lage gegenüber den siegreichen Verbündeten zu verbessern, sie konnte ihre Lage nicht bessern, trotzdem das Verhältnis zwischen den Verbündeten sich bedeutend verschlechtert hatte. Die Verträge der Cuno-Regierung, die durch das neue bürgerliche und nationalistische Deutschland unterfertigt waren, sind gescheitert. Die deutsche Bourgeoisie hat weigerter, unzureichende materielle Opfer zu bringen, sie konnte den Ruhrkampf nicht finanzieren, abgesehen davon, daß sie in diesem Kampfe verlorren wollte.

Der Ruhrkampf hätte zu einem Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands werden können; und es wurde auch zu einem Wendepunkt — aber nicht zugunsten, sondern zum Schaden des internationalen Lage Deutschlands. Aber das dem deutschen Volk die Verschlechterung der Lage sehr viel Kollen wird, ist noch nicht das schlimmste. Das schlimmste ist, daß der deutsche Reichsleiter Deutschlands jetzt nachgegeben hat, nicht um sich zu neuen Kämpfen vorzubereiten, sondern daß sie kapituliert, ohne eine Abmahnung zu haben, was weiter kommen wird. Herr Streikemanagerns Politik ist nicht nur losst, sondern sie ist auch von einer historischen Mission getragen. Herr Streikemanager ist ein deutscher Reichsleiter, der wollte einen Ausweg finden. Er kapituliert nur, weil er keinen Ausweg sah. Er übernahm von der Cuno-Regierung den finanziellen Kontext, er konnte einen Kampf nur führen, indem er jene Stelle an der Cuno-Regierung auch noch der Kapitulation nicht zu machen imstande sein wird, um eine Verteidigung Deutschlands einzuleiten. In der Person Streikemanager ist die ganze deutsche Inflation und Handels-Bourgeoisie konzentriert geworden.

Wie ist es nun um seine Gegner noch rechts bestellt, die gegen ihn eine wilde Jagd treiben? Der Reichsleiter der Sozialdemokratie Deutschlands, die gegen die Kapitulation kämpfen, sind Schwächer, wenn sie auch den Scheitern der Kapitulation nicht anerkennen, um die Bourgeoisie zu verteidigen, er greift an, wenn auch unter dem Schutze der Sozialdemokratie. Wenn die Generale Böhmer, Klauens, Gullow, oder ein anderer von den zahlreichen deutschen Reichsleitern die Macht übernehmen würden, so würde die erste Folge dieser neuen Diktatur die Vereinigung der deutschen Arbeiterklasse gegen die

Vertreter des alten Regimes sein. Der Bürgerkrieg, der jetzt in der Luft schwebt, würde vom Ausbruch kommen und die Herren werden überleben würden vor allem gezwungen sein, vor dem äußeren Feind die weiße Flagge zu heben, um mit dem inneren Feind zu werden. Angenommen, sie könnten sich besiegeln. Was nun weiter? Wie würden sie sich gegen den äußeren Feind richten können, mit dem Fraße nach dem Scheitern der Arbeiterklasse? Eine weiße Regierung ist die Regierung der Weisheit kein, aber sie würde eine ebenbürtige Kapitulationsregierung sein, wie die Streikemanager-Regierung.

Und darin liegt der tiefste Sinn der deutschen Ereignisse. Die früheren herrschenden Klassen Deutschlands haben abgelehnt, die Hauptfunktion der herrschenden Klasse zu erfüllen. Sie können die Volksmassen, über die sie herrschen, nicht mehr leiten, und zwar nicht nur in ihren menschlichen Lebensverhältnissen; sie können nicht nur den wachsenden wirtschaftlichen Zulamenbruch nicht mehr aufhalten, sie haben nicht nur keinen Plan für den Staatsaufbau, sondern sie können auch ein Geleit zu sein, der die Unabhängigkeit des Landes gefährdet, der die Bedingungen seiner nationalen Entwicklung lähmt. Das bedeutet, daß sie am Tode verurteilt sind. Wenn das Privatigentum die Existenzgrundlage des bürgerlichen Regimes bildet, so ist das Hauptmerkmal der Machtbehauptung in den Händen der Bourgeoisie das Bewußtsein der Abhängigkeit des Landes, die herrschende Klasse ist imstande, die Unabhängigkeit und die nationale Grundbedingung des Landes zu verteidigen. Nur dieses Gefühl ermöglicht der Bourgeoisie, in der Bevölkerung die Bewusstseinskräfte gegen die unzureichenden, ausgebeuteten Elemente des Landes zu wecken. Die deutsche Bourgeoisie ist gezwungen, nicht nur die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse, sondern auch des Reichsregiments zu verschlimmern. Mit der Auslieferung des Landes an die Blinden- und Unterdrückungseliten des ausländischen Kapitals, zerteilt sie die Einheit des Landes, mit deren Hilfe sie genutzte Kräfte zu organisieren imstande wäre, um die Macht zu behaupten.

Ein Siebzehn-Millionen-Volk, gebildet und in der Industrie erzogen, kann kein Kolonialflaue des Untertanentums werden. Es gibt keine solche Macht in der Welt, die diese Millionen auf keine Weise in einem Moment halten könnte. Die deutsche Bourgeoisie und die deutschen Geschäftsleute sind unfähig, einen nationalen Befreiungskampf zu organisieren; sie können sich mit Hilfe von Goldbarren an der Macht halten, aber nicht lange, da die moralischen Grundlagen ihrer Macht verschwinden sind.

Das ist die große Schere der Kapitulation der deutschen Bourgeoisie. Sie wird über ein Verfallentum führen, aber sie wird nicht aufhören, eine Atomspalte-Politik zu führen; sie hat eben kapituliert. Fünf Monate nach Versailles hat Sowjet-Russland schon in der Lage, den Kampf um seine Existenz zu beginnen. Vier Jahre nach dem Versailles Frieden kapituliert die deutsche Bourgeoisie. Das deutsche Volk kann aber nicht kapitulieren. Herr Clemenceau sagte, es gebe etwa zwanzig Millionen mehr Deutsche als nötig. Bevor aber diese zwanzig Millionen deutsche Proletarier, deutsche Arbeiter, vernichtet werden, werden sie die Grundlage in der Welt erfüllen und es liegt noch nicht fern, vernichtet zu werden. Die Entwürdigung Deutschlands aus einem Bauernvolk des 18. Jahrhunderts bis zum ersten Industrievolk des 20. Jahrhunderts, hat Kräfte im Leben gerufen, die die Rettung und Wiedergeburt Deutschlands garantieren. Mit vielen Kräfte wird die Arbeiterschaft und die deutschen Geschäftsleute den Interessen der deutschen Bourgeoisie die Fäulnis der Arbeiterschaft über die Interessen ihres Volkes erheben. Die Herren deutschen Bourgeoisie verleben immonatel die Würde des deutschen Proletariats, die kommunistische Partei, sie sieht im Ende der französischen Besatzungstruppe, Herr Friede, die deutsche Bourgeoisie vor den ausländischen Eroberern auf dem Bauch, die deutschen Kommunisten im Ruhrgebiet aber proklamieren unter den französischen Besatzungstruppen und Polizeiangewandten einen Proteststreik gegen die Annihilation. Dieser Proteststreik wird die Franzosen nicht aus dem Lande treiben, er wird die Kapitulation nicht aufheben, aber er legt den ganzen Welt: Wir Proletarier, die die bürgerliche Gesellschaft für Kameneluter hielt, nehmen die Verteidigung des Landes in unsere Hände. Es gibt keine tiefere Gewähr für den endgültigen Sieg der deutschen Arbeiterklasse als diese Tat. Die Arbeiterschaft wird die Diktatur über das Land übernehmen, weil sie keine Sonderinteressen, sondern die Interessen des ganzen Landes verteidigt. Wir wissen nicht, welche Stappen des Kampfes und des Lebens die deutschen Arbeiter noch vom Tage ihres endgültigen Sieges trennen; aber ebenso wie mit Abreuegen wird, daß das deutsche deutsche Volk nicht verschwinden wird, daß es nicht um Stufen ausländischer Kapitalisten werden wird, sind wir auch davon überzeugt, daß die deutsche Arbeiterklasse, der Organisations des mit ihrem Klassenkampfe verbundenen nationalen Freiheitskampfes, liegen wird.

In Deutschland geht jetzt der Kampf der Arbeiter der herrschenden Klasse vor sich. Niemand weiß, wie lange dieser Kampf dauern wird, aber sein Verlauf ist schon durch die Geschichte vorbestimmt. Die Bourgeoisie hört auf, eine Klasse zu sein, die die Unabhängigkeit der Nation verteidigt. Das Proletariat nimmt die Führung des Kampfes um die Unabhängigkeit Deutschlands in seine Hände. Es nimmt alle schmerzhaften Schritte des Volkes in sich auf und wird zum Führer des Landes.

um die Bedingungen ohne Mitwirkung der Regierung diktieren zu können. Der Streik dauert bereits sechs Wochen. Die Möglichkeit zu Verhandlungen ist noch geringer geworden als vor kurzer Zeit.

Manifestationen der französischen Arbeiter gegen die tschechische Ruhrpolitik

(WB.) Paris, den 2. Oktober 1923. Die kommunistische Humanität schlägt für die kommende Woche in fast allen französischen, die in der kommunistischen Volksversammlungen an, um angesichts der Vorgänge im Ruhrgebiet für den Frieden und die Solidarität der Arbeiter zu manifestieren. Gegen die blutigen Vorgänge in Düsseldorf erhebt das Blatt Einspruch. Die vorbereitete Kammerung ist eine wahre Herausforderung der ausgebeuteten Ruhrbevölkerung gewesen.

Die Verschleppungstatistik Poincarés

Poincarés hat am 1. August in der Sitzung des Provinzialrats des Seine-Departements in Paris-Deux eine Rede gehalten, in der er erklärte, daß die französische Presse zu früh seine Gerufen habe. Es sei eine Verleumdung, Vorbringen kriegsartig zu nennen, aber Vorbringen sei nichtkriegsartig gegen Deutschland und habe allen Grund dazu. Die verdächtigen Meldungen, die über die Grenze kommen, würden besonders in der Propaganda mit Sorge gehört. Wie für diese Punkte im Bereiche der tschechischen Ruhrpolitik ein Papier gewesen sei, so sei für jetzt der Versailles Vertrag ein freier Papier. Die Schwierigkeiten für Frankreich beginnen jetzt erst, bis zum Siege sei noch ein langer Weg.

Poincarés will die Verhandlungsbedingungen verschleppen, das ist der Sinn seiner Ausführungen. Er will das Ruhrgebiet erst noch fester in die Hand bekommen. Die Erhebung der Reaktion in Deutschland dient ihm jetzt als Vorwand. Dabei hat Poincaré durch seine Politik geradezu eine Reaktivierung der monarchistisch-imperialistischen Reaktion in Deutschland herbeigeführt, eineswegs dadurch, daß er seine Widerstand und Erpressung alle reaktionär-nationalistischen Elemente herbeizuredete, sondern dadurch, daß seine Beauftragten direkt mit den kan-

stischen monarchistischen Separatisten, wie Böhmer, verhandeln und ihnen Hoffnungen machen ließ. Poincaré will jetzt Zeit gewinnen, um vor den Neuwahlen in Frankreich seine imperialistischen Ziele zu erreichen und doch solange die großen Massen in Frankreich darüber zu täuschen, ebenso wie über die wirtschaftlich-finanziellen ruinenartigen Wirkungen seiner Politik für Frankreich selbst.

Der Kampf unserer Bunderpartei in Bulgarien

Wien, 2. Oktober. Die Kämpfe der revolutionären Arbeiter und Bauern Bulgariens dauern noch im ganzen Lande mit unermüdlicher Stärke an. In allen Städten, in allen Arbeitsteilen wird gekämpft. Die Hauptkämpfe finden am Fuße der Karpaten statt, mögen sich der Hauptteil der revolutionären Truppen massiert hat. Daneben finden in allen Teilen des Landes Kämpfe um die Städte statt, die abwechselnd von den Revolutionären und von den Regierungstruppen besetzt werden. Bereits zu Beginn des Kampfes sind Truppenenteile der Revolutionären übergraben, während die Regierungstruppen ihre Offiziere und Unteroffiziere der Revolte einkerkern hat. Schon längst hätte sich der Kampf der revolutionären Arbeiter und Bauern zu ihrem Gunsten entschieden, wenn nicht der sozialdemokratische Mittel-Kaloff den kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen wäre. Die revolutionären Bauern und Arbeiter haben sich aber die Eisenbahn erwandt, ihnen folgend, die revolutionären Truppen unter allen Umständen gegen ihre kämpfenden Truppen zu befehren.

Ausland

Der Kampf in der Mussolini-Partei

Mailand, 2. Oktober. Die Krise innerhalb des italienischen Fasismus nimmt größeren Umfang an. Der von Mussolini bloßgelegte Volksgewaltigkeit greift Mussolini jetzt hart an und legt ihm nahe, daß politische Revolutionäre sein sollte, wo er von seinen bisherigen Genossen wegen seiner Politik des Verrats ihnen gegenüber verurteilt werden.

Der faschistische Volksgewaltigkeit in Rom hat infolge von Gegenläufen mit Mussolini demittiert. — Die Faschistenfront zerfällt.

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheinet wöchentlich, Bezugspreis frei Haus 1,- 7. Okt. 25 Pf. Wk., durch die Post 25 Pf. Wk., ohne Postgebühren. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft f. d. B. Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Breitenfeldstraße 14, Grenzort 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprengel 12-1 und 1-6 Wk.

Der Abnahmepreis beträgt 2.200.000 M. für den Millimeter 555 u. Spalte, 10 Wk. 21. 1. Reflekt., nachfolgend an den bezugsfähigen Zeitverleger. Abgabe bis vormittags 9 Uhr erbeten. Druckerei: Commerz- und Privatdruck, Halle. Bezugspreis: Leipzig 1923 45, 48 Pf. Stoll.

Einzelpreis 5 Mill. M.

Mittwoch, den 3. Oktober 1923

3. Jahrgang Nr. 231

Die USPD. unterstützt die Weiße Diktatur! Preisgabe des Achtstundentages, Durchführung des Stinnes- programms gegen Beibehaltung der Regierungsfuge!

Koalition bis zu den Deutschnationalen — Triumph der bayerischen Reaktion, keine Aufhebung des Belagerungszustandes, Weißer Terror

(Eig. Drahtm.) Berlin, 3. Oktober.

Unter den Drohungen der Reichswehrgeneräle und der Deutschen Volkspartei, die die Sozialdemokratie aus der Koalition hinauswerfen wollten, wenn sie dem Stinnesprogramm nicht bedingungslos zustimmen, ist die Sozialdemokratie schmachvoll umgefallen.

Um ihre Regierungsfuge zu retten, ist die Sozialdemokratie der reaktionären Front in allen Fragen entgegengekommen. Sie stimmte einem Kompromiß zu, nach dem der Ernennungsmann Luderer zurücktritt und durch einen Vertrauensmann der Landwirtschaft ersetzt werden soll.

Das bedeutet Erweiterung der Großen Koalition bis zu den Deutschnationalen.

In der bayerischen Frage kommt die Sozialdemokratie der Großen Koalition entgegen. Entgegen dem Koalitionsbeschluss vom Dienstag wird sie gegen den kommunistischen Antrag stimmen, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich fordert.

Die Sozialdemokratie erklärt jedoch ihr Einverständnis damit, daß in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen zugunsten der Arbeiterschaft abgesehen wird. Die Sozialdemokratie ist bereit, in der Frage des Achtstundentages der Deutschen Volkspartei entgegenzukommen.

Wie nachträglich bekannt wird, wird verlangt, daß die Produktion auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden müsse durch Erhöhung der Arbeitszeit in den wichtigsten Betrieben auf die Arbeitszeit von 1914.

Ueber die Arbeitszeit ist, wie die „Röhlische Zeitung“ berichtet, bereits in den ersten Morgenstunden eine Formel gefunden, der alle Koalitionsparteien zustimmen konnten. Daher wird die Regierungserklärung wochenweise heute stattfinden, nachdem die Koalition noch einmal gebildet worden ist. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie bedeutet völligen Verzicht auf die Reichswehr und das Einverständnis zur schärfsten Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Durchführung des Stinnesprogramms.

Unter den Schlägen der gegen die Arbeiterchaft, gegen alle schaffenden Bevölkerung voranschreitenden Weißen Front haben sich die Sozialdemokraten nicht erwehrt.

Nachdem die Koalitionsregierung auf Antrag der Sozialdemokraten Sollmann den Reichswehrministern alle Macht in die Hände gegeben hat, erfolgte am 2. Oktober durch die Deutsche Volkspartei ein einschneidender Stoß gegen die Arbeiterchaft und die „Demokratie“.

Stresemann verlangte für die Regierung ein Ermächtigungsgesetz für alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen bis zum 31. März 1924, d. h. freie Hand, den Arbeitenden alle Verschlechterungen zu billigen.

Dazu stellte die Deutsche Volkspartei folgende Bedingungen:
1. Die Deutsche Volkspartei nimmt den „Ermächtigungsgesetz“ zu, wenn der Landwirtschaftsminister ersetzt wird durch einen anderen, der das volle Vertrauen der Landwirtschaft genießt, und zwar wird hierzu der bereits von Kapp vorgeschlagene Dr. Schiele von den Deutschnationalen vorgeschlagen.

2. Die Wirtschafts- und Finanzminister werden durch andere ersetzt. Daraufhin ist von Raumer, der Wirtschaftsminister, noch während der Sitzung zurückgetreten.

3. Die Produktion muß unter allen Umständen gesteigert werden; das ist die Forderung nach der völligen Beseitigung des Achtstundentages.

4. Der Reichstag wird auf ein halbes Jahr vertagt, bis zum 31. März 1924. Der Ausnahme-

zustand bleibt bestehen, das bayerische Ausnahmegesetz gleichfalls.

Die Deutsche Demokratische Partei sprach sich für das Ermächtigungsgesetz im ganzen aus, auch sie schloß in die Kerbe der Deutschen Volkspartei, auch sie will die völlige Entregung der Arbeiterklasse, ihre völlige Ausbeutung durch Beseitigung der an für sich geringen sozialpolitischen Gesetze durch Beseitigung des Achtstundentages.

Die Sozialdemokratie beschloß, mit den Kommunisten gegen den Belagerungszustand zu stimmen.

Die Kommunistische Partei hat an die USPD, in letzter Stunde nochmals einen dringenden Brief gerichtet, gemeinsam Abwehrmaßnahmen gegen die Weiße Diktatur zu treffen. Die Sozialdemokraten haben nicht mit den Kommunisten verhandelt, sie lehnten die Bildung eines Aktionsausschusses ab.

Das heißt, die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Die Sozialdemokratie hat sich gegen die Arbeiterchaft und die Arbeiterchaft gestellt, die sich dabei, den die zu begehren, sie ständen, verweigerten.

Der Diktatur der Schwerindustrie und der Junker entgegen

Die Generale und die Schwerindustrie wollen aus Deutschland Stinnesland unter französischem Protektorat machen — Der sozialdemokratische Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen — Einleitung Berlin — Festlegung in Sachen — Ein Abkommen zwischen Ludendorff und Kapp — Rupprechts Gesandter in Paris

Knapp eine Woche ist's, seit Eberl und die Große Koalition den Reichswehrministern die gesamte öffentliche Macht übergeben haben. Und bereits fallen die Schleiter. In knapp einer Woche haben sich die politischen Folgen der Machtverchiebung nach rechts in rekordem Tempo politisch ausgewirkt. Gestützt auf den Militärstab, Kapp, Junker und Schwerindustrie rückwärtslos vor. Die politischen Machtverhältnisse sollen den tatsächlichen Machtverhältnissen, wie sie durch die Militärabteilung geschaffen sind, angepaßt werden.

Gestern mittag ließ der Führer der Deutschen Volkspartei, Scholz, an Stresemann offiziell die Aufforderung ergehen, die Regierung müsse durch Heranziehung der Deutschnationalen nach rechts erweitert und dementsprechend umgewandelt werden; wenn das nicht gelänge, würde die Deutsche Volkspartei dem von Stresemann geforderten Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen.

Also ein förmliches Ultimatum der Schwerindustrie, der Stinnes & Co., die gestützt auf die Generale, das Heft in der Deutschen Volkspartei in die Hand genommen haben.

Was ist dieses Ermächtigungsgesetz? Die Regierung verlangt diktatorische Vollmachten, um alle ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Natur im Belieben durchzuführen. Dieses Ermächtigungsgesetz umfaßt auch die zurzeit besonders eingehend erörterte Frage der „Produktionssteigerung durch Mehrleistung“. So heißt es in dem „Zeit“, das Sprachrohr Stresemanns. Noch deutlicher wird die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Stinnesblatt. Sie erklärt offen: es handelt sich um die Abschaffung des Achtstundentages und die Durchführung des Stinnesprogramms. Weiter erklärt das Stinnesblatt, daß ein agrarischer, rechter Ernährungsminister ins Kabinett treten müsse.

Das ist die Diktatur der Schwerindustrie, der Junker, der Reichswehrgeneräle und der Faschisten. Sie steht vor den Toren. Das ist das Werk der sozialdemokratischen Injanz! Das ist es, was hinter dem harmlosen Schleiter des „Ausnahmezustandes“ verborgen war. Das ist der Inhalt der Reichswehrverordnung gegen die Arbeiterklasse, die am 26. September auf Antrag Sollmanns im Reichsabinett begann.

Wie stellen sich die Parteien dazu?
Das Stinnesblatt, die „D.A.Z.“, die jetzt die offizielle Meinung der Deutschen Volkspartei wiedergibt, ist Feuer und Flamme für die Diktatur der Schwerindustrie, der Junker und der Generale.

Stresemanns Blatt, die „Zeit“, erklärt, es hänge von den Beschlüssen der Parteien ab, ob die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung bleiben könne. In der Frage der „Produktionssteigerung durch Mehrleistung und des Ermächtigungsgesetzes“ heischen die Stinnesblätter unter der Koalitionspartei eine Meinungsverschiebung herbei. (Also auch die Sozialdemokraten sind mit dem Stinnesprogramm einverstanden!)

Bei den Demokraten herrscht starke Neigung für die Stinnesdiktatur und das Stinnesprogramm, dem Zentrum arbeitet der agrarisch-großindustrielle Flügel dafür.

Das „Berliner Tageblatt“ ergänzt noch, daß das Ermächtigungsgesetz bis 31. März 1924 dauern solle, und daß vor allem Silberding und Kapp durch ausgeschickt werden sollen. (Mit Silberding ist auch die Sozialdemokratie fertig, sie schloß sich als Ersatzmann vor.)

Auch das „Berliner Tageblatt“ erklärt: Die Sozialdemokratie scheint bereit zu sein, gewisse Forderungen des wirtschaftlichen Programms Stresemanns, auch soweit es sich um Produktionssteigerung durch Mehrarbeit handelt, zuzustimmen zu wollen.

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, sagt: Wenn sich eine Verbreiterung der Regierung ermöglichen



Kampffront ein-
sollen offen bei
wora er ist.
Die Kugel rollt. Wären wir Arbeiter planmäßig,
schließen wir Glied an Glied in unserer Front.
Zwanzig Millionen Proletarier in einer Kampffront
werden die See, Kair und Hiler begehren.
Nähen wir, Nähen wir auf, schließen wir zusammen
alles, was Arbeiter heißt. Das ist das Märchen. Daran
muß jeder Arbeiter den letzten Haug legen.
Es gilt für den Arbeiter, jeden einzelnen Arbeiter,
sich zu entscheiden. Faschistische Diktatur oder Arbeiter-
Regierung? Niederzuckernippel zu sein von den weis-
garbigen, faschistischen Herren, die mit Blut die Ar-
beiter unter die Krante des Großkapitals zwingen, oder,
gestützt auf die breite Masse der Arbeiter und Bauern,
die faschistische Diktatur abzuwehren, die Zerprengung
des deutschen Reiches durch die bayerischen und rheinischen
Separatisten zu verhindern?
Faschistische Diktatur oder Arbeiter-Regierung?
Die Wahl kann nur fallen:
Arbeiter-Regierung!
Zusammenschluß aller Arbeiter und Bauern zu ein-
heitlichen Abwehrorganisationen gegen die faschistische
Diktatur, das ist die Parole dieser Stunde.
Fort mit der Koalitionsregierung, die nur die Weiße
Diktatur verhelfen soll.

